

# Das internationale Genf steht unter Druck

*Die multilaterale Drehscheibe wird auf die Probe gestellt – vor allem wegen Trumps Plänen für einen Friedensrat*

ANNEGRET MATHARI, GENF

Das multilaterale System, dessen grösste Organisation die Vereinten Nationen sind, hat mit Budgetkürzungen zu kämpfen und befindet sich in einem strukturellen Wandel. Denn seit einigen Jahren bezahlen mehrere Uno-Mitgliedstaaten ihre Beiträge nur zögerlich.

Ins Gewicht fällt dabei insbesondere der amerikanische Kurs: Unter Präsident Donald Trump strichen die USA, die bisher für viele internationale Organisationen ein grosser oder der grösste Geldgeber waren, ihre Beiträge oder kürzten sie stark. Zudem traten die USA aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus. Viele Institutionen mussten in der Folge ihre Aktivitäten reduzieren und Personal entlassen. Allein im vergangenen Jahr gingen im internationalen Genf rund 3500 Stellen verloren.

Der Uno-Generalsekretär António Guterres warnte Ende Januar vor einem Liquiditätsengpass: Wegen ausstehender Beiträge der Mitgliedstaaten könne der Uno bis im Juli das Geld ausgehen. Die Beiträge richten sich nach der Grösse der Wirtschaft jedes Staates. Die USA

tragen offiziell 22 Prozent zum Kernbudget bei (2025: 3,72 Milliarden Dollar), vor China mit 20 Prozent. Zwar zahlten mehr als 150 der 193 Mitgliedstaaten ihre Beiträge, doch 2025 blieben 1,57 Milliarden Dollar offen – mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr. Die USA schuldeten Ende 2025 2,19 Milliarden Dollar für das reguläre Uno-Budget sowie gut 2 weitere Milliarden für Friedensmissionen. Im Februar beglichen sie 160 Millionen Dollar für das reguläre Budget.

Guterres rief 2025 die Reforminitiative UN80 ins Leben, um Kosten zu senken und die Effizienz zu steigern. Die Mitgliedstaaten kürzten deshalb das Uno-Budget für 2026 um 7 Prozent auf 3,45 Milliarden Dollar und beschlossen den Abbau von rund 2400 Stellen.

## Schulden der USA bei der WHO

Die Finanznot trifft Genf als Zentrum der humanitären Hilfe stark. Einige Organisationen prüfen Verlagerungen an günstigere Standorte. So plant zum Beispiel das Uno-Kinderhilfswerk Unicef laut Medienberichten, bis im Sommer rund 290 Stellen nach Rom zu ver-

legen; 100 sollen in Genf bleiben. Auch das Koordinationsbüro für humanitäre Hilfe (Ocha) musste 2025 weltweit rund 500 der 2600 Stellen streichen.

Besonders schwer wiegt der Austritt der USA aus der WHO Anfang 2026. Ausstehende Mitgliederbeiträge von 260,6 Millionen Dollar für 2024 und 2025 wurden nicht bezahlt. Für 2022/23 hatten die USA mit über einer Milliarde Dollar rund 20 Prozent des WHO-Budgets finanziert. Der Austritt zwang die WHO, ihr Budget für 2026/27 von 5,3 auf 4,2 Milliarden Dollar zu senken. Positiv wirkt derweil, dass die Mitgliedstaaten die Pflichtbeiträge bis 2031 schrittweise auf 50 Prozent des Budgets erhöhen wollen. So konnten rund 600 Stellen gesichert werden; dennoch mussten weltweit 1240 Mitarbeitende gehen.

Noch prekärer ist die Lage für Organisationen wie das Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR), die von freiwilligen Beiträgen abhängen. Die USA reduzierten ihren Beitrag 2025 von 2 Milliarden auf gut 800 Millionen Dollar – blieben aber grösster Geldgeber vor der EU und Deutschland. Für das geplante Budget von 10,6 Mil-

liarden Dollar fehlten dem UNHCR Ende Jahr 65 Prozent. Weltweit wurden 5000 Stellen gestrichen. Die UN80-Initiative schlägt nun vor, das UNHCR mit der internationalen Organisation für Migration zusammenzulegen.

## Zahlreiche Krisen überstanden

Auch das Uno-Menschenrechtssystem gerät unter Druck. Es erhält nur etwa 5 Prozent des Kernbudgets – deutlich weniger als die Bereiche Frieden und Sicherheit sowie Entwicklung. Das Budget des Uno-Menschenrechtskommissariats wurde 2025 um 54 Millionen auf 246 Millionen Dollar gekürzt.

Die USA zogen sich im vergangenen Jahr nicht nur aus dem Uno-Menschenrechtsrat in Genf zurück, sondern nahmen als erstes Land auch nicht an der regelmässigen Überprüfung ihrer Menschenrechtslage teil.

Beobachter gehen davon aus, dass sich das internationale Genf behaupten wird. Seit der Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz vor über 160 Jahren hat es zahlreiche Krisen überstanden. «Die strategischen und

diplomatischen Funktionen bleiben hier verankert, wo die Mitgliedstaaten vertreten sind und wichtige Entscheidungen fallen», sagt Dejan Nikolic, Sprecher des Genfer Departements für Aussenbeziehungen. Angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage sei die Rolle des internationalen Genf wichtiger denn je.

Sara Hellmüller, Professorin für internationale Beziehungen am Graduate Institute, weist darauf hin, dass kleine und mittelgrosse Staaten ein besonderes Interesse am Multilateralismus haben: Die regelbasierte Ordnung schützt sie vor der Willkür der Grossmächte. Koalitionen könnten diese Ordnung stärken. Unmittelbare Folgen für das internationale Genf erwartet Hellmüller vom von Trump angestossenen Friedensrat nicht. Denkbar sei, dass er damit seine Verhandlungsposition bei Reformen des Uno-Sicherheitsrates stärken wolle.

Angesichts der finanziellen Engpässe und eines verschärften Standortwettbewerbs will der Bundesrat bis 2029 insgesamt 269 Millionen investieren, um die Rolle Genfs als Sitz internationaler Organisationen zu erhalten und zu stärken.